

## **Resolution der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Karlsruhe, Mitglied im AAKA und im Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts.**

### **Keine Freiräume für Nazis - nicht in Karlsruhe oder anderswo ! Naziaufmarsch mit allen demokratischen Kräften gemeinsam verhindern !**

Am 3. Juni sucht die größte Neonazi-Kampagne Deutschlands, der sogenannte „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ), organisiert von der neofaschistischen Partei „Die RECHTE“, unsere Stadt heim. Bis zu 1.000 Neonazi-Kader wollen dann durch Karlsruhe-Durlach marschieren und für die Abschaffung demokratischer Rechte durch eine faschistische Gewaltherrschaft werben. Zurecht richtet sich gegen den in Karlsruhe geplanten Aufmarsch ein von ca. 140 Organisationen getragener Aufruf mit dem eindeutig formulierten Ziel: „Wir rufen alle Menschen auf, den Naziaufmarsch in Karlsruhe zu verhindern.“

### **Die Nazis sind schon vorbereitet**

Dagegen gibt es schon seit längerem vielfältige und intensive Vorbereitungen des AAKA (Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe) und des Netzwerks Karlsruhe gegen Rechts. Zum Verhindern braucht es aber noch mehr. So ist die Aufzugsstrecke der „Partei die Rechte“ vom städtischen Ordnungsamt bereits genehmigt worden. Die Durlacher Bevölkerung wird bereits intensiv über die geplanten polizeilichen Maßnahmen zur Sicherung der Aufzugstrecke des Naziaufmarsches informiert. Die Planung der Stadt für die Gegenkundgebung steht fest. So marschieren sie also.

### **2013 konnten sie nicht marschieren**

Bereits 2013 konnten aber engagierte Karlsruher Bürgerinnen und Bürger in einem breiten Bündnis verhindern, dass hunderte von Neonazis durch die Straßen der Stadt ziehen konnten. Das war eine hervorragende demokratische Tat, auf die wir als KarlsruherInnen stolz sein können! Gerade erst am 1. Mai 2017 konnte in unserer Partnerstadt Halle eine Versammlung der neofaschistischen Partei „Die RECHTE“ erfolgreich am dortigen Bahnhof gestoppt werden. Warum sollte das nicht auch für unsere vielfältige, weltoffene und solidarische Stadt noch mal gelingen?!

### **Den Aufmarsch verbieten**

Da wäre zunächst den Aufmarsch zu verbieten, im Bündnisaufruf heißt es doch: „Kein Platz für Nazis“. Nur ein Verbot kann den politischen Nachkommen von NSDAP und SS die Nutzung des Bahnhofvorplatzes definitiv untersagen. „Geht nicht“ heißt es dazu von der Stadt, es liege keine Handhabe vor, und die Stadt habe den von der NPD angestrebten Prozess zum Aufmarsch 2013 verloren. Allerdings ist 2017 nicht 2013. Die Einleitung eines aufrichtigen und konsequenten Verbotsprozesses ist aber Ausdruck einer politischen Haltung und nicht des juristischen Kalküls. Der Stadt wurde in der Vergangenheit genügend belastendes Material gegen die Naziumtriebe der Organisatoren des sogenannten TddZ übergeben. Kein Gerichtsurteil ist wie das andere. Und die Rechtsgeschichte zeigt, dass Urteile sich in ihrem Charakter beständig ändern, je nachdem, wie sich die politische Situation entwickelt. Es ist keine Schande, vor Gericht zu verlieren – aber es ist ein Versäumnis, wenn nicht konsequent und rechtzeitig alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen Nazis ausgeschöpft werden.

## **Protest ist nur gemeinsam stark**

2013 in Karlsruhe und 2017 in Halle waren es die vielen Demonstranten, die erfolgreich waren. Dafür steht geeinter Protest. Die DKP setzt sich ein ohne Wenn und Aber für einen geeinten Protest gegen Naziumtriebe. Spaltung des Protests und Ausgrenzung darf da keinen Platz haben. Dem steht entgegen, wenn der Durlacher Ortschaftsrat sich schon im Vorfeld gegen „sonstige extremistische Inszenierungen“ ausspricht und der Karlsruher Gemeinderat sich auch nochmal im Vorfeld distanzieren möchte wie schon mit seiner vorangegangenen Resolution vom 19. Mai 2015. Extremismus darf aber nicht mit Entschlossenheit verwechselt werden.

- Wer Naziaufmärsche verhindert ist nicht extremistisch, sondern entschlossen!
- Wer nicht verhindert, räumt den Nazis das Feld und gibt die Demokratie preis.

## **Gewerkschaften gegen Nazis**

Dagegen tritt der DGB mit seiner Demonstration vom Durlacher Bahnhof in die Durlacher Innenstadt an. Die DKP Karlsruhe begrüßt diese Demonstration „für eine vielfältige, weltoffene und solidarische Stadt“, wie es im Aufruf des DGB und seiner Einzelgewerkschaften heißt. Was aber wenn, zeitlich und örtlich parallel dazu, einige hundert Meter entfernt außer Sicht- und Hörweite auch eben jene Verfechter einer faschistischen Terrorherrschaft ungehindert marschieren können?

Die DGB-Demo hat doch den Schutz der Demokratie zum Ziel unter dem Motto, „Kein Platz für Nazis nicht in Karlsruhe oder anderswo“. Die Gewerkschaften waren am 2. Mai 1933 im Interesse des Großkapitals mit Gewalt zerschlagen worden. Dass die Nazis dessen Interessen dienen, das war 1945 noch parteiübergreifend allen klar, Verursacher und Nutznießer des Hitlerfaschismus war die Großindustrie. So hieß es etwa in der Rede des US-Hauptanklägers im Nürnberger Prozess: „Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen.“

Dass Nazis ungehindert marschieren können, würde das Demonstrationsrecht des von 140 Organisationen getragenen Protests der demokratischen Bürger gleichsetzen mit einem vorgeblichen Demonstrationsrecht von Neonazis, die nicht für eine bloß andere politische Meinung sondern für Faschismus als international geächtetes Verbrechen gegen die Menschheit demonstrieren.

## **Einheit versperrt Nazis den Weg und schützt die Demokratie**

Deshalb tritt DKP dafür ein, in der guten Tradition von 2013 auch in Durlach am 3. Juni mit einer großen demokratischen Aktion über Weltanschauungs- und Parteigrenzen hinweg einen Naziaufmarsch abermals zu verhindern und anschließend mit einer großen Demonstration Karlsruhe als eine vielfältige, weltoffene und solidarische Stadt zu präsentieren. Denn Nazis gewähren lassen ist keine Stärke sondern zerstört Demokratie.

**Naziaufmärsche verhindern!**  
**Rechtsentwicklung stoppen!**  
**Soziale Zukunft statt Sparprogramme!**

Karlsruhe, 18.5.2017